



**II-3598 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

**DER BUNDESMINISTER
FÜR FAMILIE, JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ**

GZ. 70 0502/37-Pr.2/85

Wien, 13. Dezember 1985

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

*1632 IAB
1985 -12- 16
zu 1664 IJ*

Auf die Anfrage der Abgeordneten Wimmersberger und Kollegen vom 24. 10. 1985, Nr. 1664/J, betreffend "Ischler Zwergerlkomitee", beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Ad 1)

Im Frühling 1984 hat das neue Ressort einen "Ideenwettbewerb" zur Erfassung der Interessen und Aktivitäten der österreichischen Jugend ausgeschrieben.

Dieser Bewerb sollte die vielen hundert Jugendlichen und die Jugendgruppen ansprechen, die sich außerhalb der Jugendorganisationen, in informellen Gruppen, zur Freizeitgestaltung, in Selbsthilfe- und Nachbarschaftshilfegruppen, zur Gestaltung der Umwelt, in der Friedensbewegung usw. aktiv verhalten und zusammengeführt haben.

Auf die Ausschreibung sind 75 Bewerbungen eingegangen, von denen sieben in die engere Wahl für die zu verteilenden Geldpreise gezogen wurden.

Unter diesen befand sich auch die Gruppe "Zwergerlkomitee Bad Ischl" (Jugendzentrum "Der Keller").

- 2 -

Die Gruppe charakterisierte sich selbst:

"Das Zwergerkomitee Bad Ischl besteht seit Mai 1984 aus jungen Leuten aus Bad Ischl und Umgebung; es ist überparteilich".

Dieser Gruppe wurde ein Preis von S 22.500,-- zugesprochen. Dieser Preis wurde keinesfalls auf Grund angeblicher Störaktionen anlässlich der Angelobung von Grundwehrdienern, sondern in der Gesamtberatung der Gruppenarbeit für die vorbildliche Freizeitgestaltung mit Kindern vergeben.

Die Vertreter der Gruppe haben in diesem Zusammenhange betont, daß sich ihre Initiative nicht gegen die Landesverteidigung richtet, sondern auf die Fernhaltung von Kindern von der Waffenschau und gegen Kriegsspielzeug.

Die Ausschreibung ist unter meiner Amtsvorgängerin erfolgt; den Preis habe jedoch ich überreicht.

ad 2)

Ich kann in der Fernhaltung von Kindern von Waffenschauen und im Auftreten gegen Kriegsspielzeug keinen Gegensatz zum Verfassungsauftrag der geistigen Landesverteidigung sehen, den ich keinesfalls im Hinführen von Kindern zu Vernichtungswaffen begreifen kann.

ad 3) 4) 5)

Aus den angeführten Gründen bestand keine Notwendigkeit das Bundesministerium für Landesverteidigung zu kontaktieren.

ad 6)

Meines Wissens wurde an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung ebenfalls eine parlamentarische Anfrage gerichtet.

Franziska Noriak - Norwath